



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

P/VIII/128 - 5.6.53

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Bundeskanzler und das Parlament	S. 1
Vor dem Kriegsende in Korea	S. 3
Die Rente der Witwe Heydrich	S. 6
Marinebund im Zwiespalt	S. 5

Anhang: Kommuniqué und Entschließung des Partei-
vorstandes

Demokratische Kontrolle der Außenpolitik

Von Dr. Gerhart Lütken, MdB

Wortlaut und Geist des Grundgesetzes lassen keinen Zweifel darüber, daß in Fragen der internationalen Politik die Regierung dem Bundestag Rede und Antwort zu stehen hat. Die Pflege der auswärtigen Beziehungen ist Bundessache. Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung in solchen Fragen. Die Bundesregierung ist politisch dem Bundestag verantwortlich.

Schon seit langem machen sich deutliche Anzeichen dafür bemerkbar, daß sich die Bundesregierung in den Fragen der auswärtigen Politik der Kontrolle und Mitverantwortung des Bundestages zu entziehen sucht. Weder der Bundeskanzler als Außenminister noch der Staatssekretär pflegen bei den Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zu erscheinen. Sie überlassen es allzu oft nachgeordneten Beamten, die Ansichten des Auswärtigen Amtes darzulegen, obwohl es nicht Aufgabe solcher Beamten sein dürfte, sich politisch vor dem Parlament zu äußern.

Der Auswärtige Ausschuß des Bundestags hat bis Ende 1952 insgesamt 114 Sitzungen abgehalten. Anwesend war der Bundeskanzler als Außenminister 27mal, der Staatssekretär 35mal, oft aber nur in Begleitung von Herrn Adenauer. Im letzten Jahr 1952 war der

Außenminister selbst nur bei 6 der insgesamt 41 Sitzungen anwesend, der Staatssekretär außerdem noch 7mal. In 28 der Sitzungen hat sich also die Bundesregierung überhaupt nicht angemessen vertreten lassen.

Hierin zeigt sich eine gewisse Mißachtung des Organs des Bundestags, das zunächst einmal zur Kontrolle der Bundesregierung auf dem Felde der Außenpolitik berufen ist. Damit steht in auffallendem Gegensatz die Anstrengung, welche die Bundesregierung macht, um dem Bundesrat eine Mitwirkung an der auswärtigen Politik zu eröffnen, die nach dem Grundgesetz den Länderregierungen und dem Bundesrat nicht zukommt.

Der Auswärtige Ausschuß des Bundesrats hat bisher 32 Sitzungen abgehalten. Der Bundeskanzler und Außenminister hat nicht weniger als 21mal Zeit gefunden, zu diesen Sitzungen zu erscheinen. Zu weiteren 4 Sitzungen ist wenigstens der Staatssekretär erschienen. Noch interessanter ist vielleicht, daß Herr Dr. Adenauer dem Bundesratsausschuß nicht weniger als 12mal über die politische Bedeutung des Generalvertragswerks Rede und Antwort gestanden hat, während er es nur 3mal für nötig hielt, von dieser Sache vor dem Ausschuß des Bundestags zu erscheinen.

Diese Entwicklung kann vom Standpunkt der gesunden Entwicklung unseres demokratischen Lebens nur mit Sorge betrachtet werden. Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie nicht weiter den Weg beginne, sich im Bundesrat eine Stütze zu schaffen, um so etwa leichter auf die Mitwirkung an der Außenpolitik der im Bundesrat organisierten politischen Kräfte verzichten zu können.

+ + +

Waffenstillstand in Sicht

-ler. Wenn nicht alles täuscht, scheint der Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea unmittelbar bevorzustehen. Die zweijährigen Verhandlungen um die Beilegung dieses Krieges, der vor drei Jahren mit der Invasion Südkoreas durch die Nordkoreaner begann, gehören wohl zu den schwierigsten und längsten in der modernen Geschichte. Noch bis in die letzten Tage hinein bestand die Gefahr eines Zusammenbruchs, obwohl sich die Streitpunkte bis auf den des Schicksals der in UNO-Hand befindlichen kommunistischen Kriegsgefangenen verringert hatten. Die Schwierigkeiten in dem letzten Verhandlungsjahr waren nicht allein auf die kommunistische Obstruktionstaktik zurückzuführen. Die Unterhändler der UNO, an der Spitze der USA-General Harris, zeigten nicht immer eine glückliche Hand. Es bedurfte erst des Drucks der Weltmeinung, vor allem Großbritanniens und Indiens, die auf einen Abbruch der Verhandlungen drängenden Kräfte, Strömungen und Einflüsse zurückzuweisen.

Dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower war das ständige britische Mahnen zur Vorsicht und Zurückhaltung nicht unwillkommen. Es half ihm, sich jener draufgängerischen Politiker zu erwehren, die, ohne Rücksicht auf die weltweiten Folgen, den Krieg auf das chinesische Festland übertragen wollten und von einer bedingungslosen Kapitulation Chinas träumten. Die seinerzeitige Abberufung MacArthurs durch den damaligen USA-Präsidenten hielt die Bahn offen für Friedensfühler; Stalins Tod erleichterte die Atmosphäre. Dazwischen lag das Wahlversprechen Eisenhowers, den amerikanischen Müttern und Frauen ihre Väter und Söhne von Korea heimzusenden. Die USA trug die Hauptlast dieses Kampfes und es gibt wohl kaum eine amerikanische Familie, die in diesem Krieg nicht einen Angehörigen, Verwandten oder Bekannten verloren hat.

Schon im ersten Jahr, da die Armeen über das unglückliche Land hin und her fluteten und erst recht nach dem Eingreifen Chinas, stellte es sich für beide Seiten als unmöglich heraus, die Palme des Sieges zu erringen. Die Entscheidungsoffensiven blieben nach großen Anfangserfolgen stecken. MacArthurs Vorstoß an den Yalu brach sich an den chinesischen Massenheeren. Wie eine Sturzflut strömten Chinas Divisionen in Nordkorea ein, um dann freilich an der überlegenen Material- und Feuerkraft der UNO-Truppen zu scheitern.

In nahezu zwei Jahren statischer Kriegführung bauten die Kommunisten ihre Stärke aus, mehr als eine Million Mann, davon 800000 Mann Chinesen, liegen in tief gestaffelten Verteidigungslinien und diese aufzurollen würde einen solch ungeheuren Einsatz an Menschen und Material erfordern, der weit über die gegenwärtigen Mittel der UNO-Truppen in Korea hinausgeht. Beherrschte zu Beginn des Krieges die UNO-Luftwaffe unbeschränkt den Luftraum, so hat sich auch dieses Bild im Laufe der Jahre geändert. Zum Erstaunen der militärischen Fachleute der ganzen Welt stellten die Chinesen, allerdings mit sowjetrussischer Unterstützung, eine den UNO-Truppen gleichwertige, wenn nicht gar überlegene Luftwaffe ins Feld. Die Erstarrung der Front machte für beide Seiten eine militärische Entscheidung beinahe unmöglich.

Was die Waffen nicht mehr zu tun imstande sind, muß die Diplomatie vollenden. Da sich bei dem gegenseitigen Stärkeverhältnis eine bedingungslose Kapitulation der einen oder anderen Seite ausschloß, beide Seiten aber auf die Wahrung des Gesichtes bedacht sein mußten, ergab sich mit Zwangsläufigkeit ein Kompromiß. Für die UNO war der Grundsatz, daß kein Kriegsgefangener gegen seinen Willen in sein Heimatland zurückgebracht werden dürfe, unantastbar. Die Lösung, auf die man sich nun anscheinend geeinigt hat, hebt diesen Grundsatz nicht auf, sie gibt jedoch den Kommunisten, unter Beaufsichtigung von neutralen Beobachtern, die Möglichkeit, die Kriegsgefangenen selbst zu befragen. Damit wurde jene Annäherung erreicht, bei der sich gutgläubige Emissäre der Kriegsuchenden finden müßten.

Die wohltätigen Folgen einer Waffenruhe in Korea für eine Entspannung in der ganzen Welt dürften nicht ausbleiben. In seiner großen Rede am 16. April hatte Eisenhower den Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea als erste Voraussetzung für ein Gespräch auf höchster Ebene mit den neuen Männern im Kroml genannt. Seine letzte Bemerkung im USA-Fernsehfunk, daß die internationalen Probleme zwar sehr verwickelt seien, doch keine Gefahr bestünde, daß es zum Kriege kommen werde und daß der Knoten der internationalen Probleme nicht durchschnitten, sondern langsam aufgeknüpft werden müsse, erhält im Lichte der Nachrichten aus Panmunjon eine beziehungsreiche Bedeutung. Noch ein langer Weg liegt freilich vor der Befriedung der Welt und er mag an vielen Abgründen und Klüften vorbeiführen. Aber ein guter Anfang ist gemacht und die Welt kann wieder hoffen.

Marinebund im Zwiespalt

Wiederschenstreffen in Wilhelmshaven

M.J. Nichtachtung der Demokratie entspringt oft genug der Unfähigkeit, ihre Spielregeln zu beherrschen. Das wurde, wie bei manchem Soldatentreffen zuvor, auch auf dem Widerschenstreffen der ehemaligen Marineangehörigen deutlich, das kürzlich in Wilhelmshaven stattfand. Zwar versicherten die offiziellen Vertreter des "Deutschen Marinebundes" immer wieder und mit beinahe verdächtigem Eifer, auf dem Boden der Demokratie zu stehen. Aber die Mehrzahl ihrer Anhänger schien nach Wilhelmshaven gekommen, weil sie sich von der Vereinsführung eine Befehlsausgabe für weiteres Vorgehen erwartete: Zunächst einmal in Bezug auf die Rückerstattung des beschlagnahmten Vereinsvermögens, dann aber auch in der Frage der noch inhaftierten Marineangehörigen. Die Rehabilitierung der Räder und Dönitz wurde denn auch ganz offen betrieben; ebenso wie man wiederholt die kameradschaftliche Verbundenheit gegenüber den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS betonte.

Erstaunlich, daß sich dennoch Widerspruch in der Delegierten-Versammlung der Marine-Kameradschaften regte, als ohne ordnungsgemäße Wahl eine vorher bestimmte Bundesführung in ihre Ämter eingesetzt werden sollte. Ursprünglich war die Wahl nur eines Bundesführers vorgesehen; als sich am Vorabend der Tagung zwischen den beiden widerstrebenden Richtungen - den alten ausgedienten Vereinsmeiern und den jungen, ta-tendurstigen EVG-Freiwilligen - keine Einigung erzielen ließ, gab es einen Kompromiß. Und zwar in der Form eines dreiköpfigen Gremiums, bestehend aus dem bisherigen kommissarischen Leiter Karl Bantz, dem Bremer Friedrich Rohfink und dem ehemaligen U-Bott-Kommandanten Reinhard Suhren aus Hamburg. Aufgabe des letztgenannten wird es vor allem sein, die Jugend, die "natürlich von der Straße weg muß", für die Idole des Marinebundes zu begeistern.

Wer sich heute nicht alles um die Jugend bemüht! Gewiß, sie muß zwangsläufig - da zu zwei Dritteln unorganisiert - vielen als das gegebene Tätigkeitsfeld erscheinen, um Führer- und Gefolgschaft-Ideen von neuem auszuprobieren. Nicht zufällig waren auch in Wilhelmshaven eine Anzahl ehemaliger Jugendführer radikaler Organisationen anwesend, die nach dem Verbot oder Eingehen ihrer Bünde jetzt die Chance zum Aufbau einer neuen, unter dem Marine-Mäntelchen wirksam getarnten Organisation wittern. Und Herr Schrader, die Stahlhelm-Größe Wilhelmshavens, erschien zu einer Feierstunde mit Anhang in voller Phantasie-Uniform: Grün mit braunem Lederzeug, das er wohl noch von früher her im Schrank hatte. Ob sich die Polizei auch dafür interessieren wird? Das Uniformverbot ist noch nicht aufgehoben.

Auch ein Auftrag zur Wiedergutmachung

R.G. Über die Gesetzesvorlagen zur Wiedergutmachung senkt sich der Staub. Die Akten der Gerichte und Spruchkammern, in denen die Pensionsansprüche und Wiedergutmachungsanträge der hohen und höchsten Nazigrößen liegen, setzen keinen Schimmel an. Sie werden offenbar sehr eifrig bearbeitet, und es häufen sich in letzter Zeit die Notizen und Berichte, nach denen den "Ehemaligen" hohe Pensionen bewilligt werden, mit denen sie einen Teil ihres tausendjährigen Glanzes auf Kosten des Steuerzahlers auch in die Zukunft hinüberretten können. Und wenn sie schon gestorben sind, so fällt ein nicht minder beträchtliches Teilchen des Glanzes auf ihre Ehefrauen.

Wir wissen, daß es zum Beispiel der "Hohen Frau", die ebenso wie ihr Gatte Hermann Göring huldvoll und herablassend repräsentieren konnte, kraft des ihr zugesprochenen Vermögens heute sehr viel besser geht als den Millionen Mitgegangenen und Mitgehangenen, die die Folgen jener Politik zu tragen haben. So überrascht es uns auch kaum zu hören, daß sich inzwischen auch die Witwe des ehemaligen SS-Obergruppenführers und Generalgouverneurs Reinhard Heydrich dem Bund der Gutversorgten zugesellte. Die rückwirkend vom 1. Dezember 1950 ausgesprochene Anerkennung ihres Anspruches auf Hinterbliebenenrente folgert sich nach dem Urteil der Spruchkammer des Oberversicherungsamtes Schleswig aus der Auffassung, daß Heydrichs Erschießung durch Partisanen als unmittelbare Kriegseinwirkung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes anzusehen sei.

Wir erinnern uns noch recht gut daran, daß Heydrichs Tätigkeit ein Schreckensregiment in Himmlerschem Geiste gewesen ist und daß seine Ermordung der Aufschrei eines gequälten Volkes war. Wir erinnern uns weiter daran, daß die Vernichtung des Dorfes Lidice die Vergeltung für Heydrichs Tod war und daß die Rechnung auf nationalsozialistische Manier also auf mehr als Heller und Pfennig beglichen wurde. Und nun legt die Witwe uns noch einmal eine Rechnung in D-Mark vor und bestätigt uns die Spruchkammer ihre Richtigkeit. - Wir sind nicht für Sippenhaft und sprechen der Witwe Heydrichs und schon gar ihren Kindern die Existenzberechtigung nicht ab. Wie alle anderen, die heute die Folgen heroischer Politik zu tragen haben, möge auch sie ihr Leben durchstehen. Eine Kriegsversorgungsrente aber, die dem offenbar noch immer noblen Range eines SS-Obergruppenführers entspricht, ist aus der Vergangenheit dieses übereifrigen Generalgouverneurs nicht abzuleiten, und seine Rechnung ist, wie gesagt, längst bezahlt.

Jeder fünfte Deutsche lebt am Rande der Existenz

Unter dem Titel "Was können wir für die Verteidigung zahlen?" erscheint in diesen Tagen im Verlag August Lutzeyer, Frankfurt a.M., eine von der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft herausgegebene Studie über die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Folgen eines deutschen Verteidigungsbeitrages. Schlüssig weisen die Verfasser, Dr. Heinrich Dräger und Dr. Wilhelm Grotkopp, denen man bestimmt keine Sympathien für die Opposition nachsagen kann, nach, daß die von der Regierung im Rahmen der geplanten EWG vorgesehenen finanziellen Verpflichtungen weit die Kraft der deutschen Wirtschaft übersteigen und zu schweren inneren Erschütterungen führen müssen. Die Überschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit durch die Westalliierten ist freilich durch die Regierungspropaganda über das deutsche "Wirtschaftswunder" mitverschuldet worden. Mit schonungsloser Offenheit enthüllen die Verfasser anhand gründlicher Untersuchungen die Schwächen und Bruchstellen unserer Wirtschaftslage. Über die Gefahr erhöhter sozialer Spannungen bemerkt die Schrift:

"Werden uns Lasten zugemutet, die über unsere Kraft gehen, dann werden die sozialen Spannungen offener in Erscheinung treten, die schon von vielen ausländischen Beobachtern besorgt registriert worden sind. Daß sie noch nicht zu politischen Störungen geführt haben, ist vielleicht ein weit größeres Wunder als der Aufstieg der deutschen Wirtschaft und erklärt sich daraus, daß der Einfluß der Demagogen nach den Erfahrungen mit der braunen und roten Diktatur gering ist. Aber wie lange noch ?

Das Charakteristische ist die Verelendung weiterer Schichten der vom Kriege am schwersten Betroffenen und der Niedergang des alten Mittelstandes. Die Zahl der selbständigen Berufslosen, also derer, die von Renten oder Subsidien leben müssen, ist von 3,4 Millionen im Jahre 1939 auf 5,7 Millionen im Jahre 1950 gestiegen, also um 70%, während die Bevölkerungszahl um 25% zunahm. Diese haben auch noch 2,9 Millionen Angehörige mit durchzuschleppen ! Unter diesen insgesamt 8,6 Millionen geht es neuerdings den Beamten im Ruhestand einigermaßen. Sie sind aber wohl auch die einzige breite Schicht mit einem ruhigen Lebensabend und machen nur 8% der selbständigen Berufslosen aus. Zwei Drittel sind auf Renten der Sozialversicherung angewiesen und erhalten im Monatsdurchschnitt pro Kopf meist weniger als 100 M. Unter dem Existenzminimum leben ferner viele, die infolge Kriegsverletzungen nur begrenzt leistungsfähig sind, die Flüchtlinge im Lager, die Arbeitslosen. Man wird ohne Übertreibung sagen können, daß jeder fünfte Deutsche im Schatten, am Rande dürftig sein Leben fristet.

Die so stark belastete Wirtschaft läßt eben keinen größeren Spielraum. Nachdem der Verteidigungsbeitrag über das Tragbare hinaus festgestellt worden ist, ist eine Senkung des Lebensstandards zu befürchten, Hauptleidtragende wären wieder die, die im Schatten oder weit schlechter leben als vor dem Kriege, und notwendigerweise zu einem immer bedrohlicher werdenden politischen Gefahrenherd werden müssen".

K o m m u n i q u é

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm auf seiner Sitzung am 4. Juni 1953 in Bonn zunächst einen Bericht und Informationen des Vorsitzenden Erich Ollenhauer über die außenpolitische Situation entgegen. Im Mittelpunkt dieser Mitteilungen und der sich anschließenden Diskussion stand die schwere Sorge über das passive und widerstrebende Verhalten der Bundesregierung zu den internationalen Bemühungen um eine Entspannung der Gegensätze der Westmächte zur Sowjetunion. Diese Sorge fand ihren Ausdruck in einer einstimmig gefassten EntschlieÙung.

Ausführlich beschäftigte sich der Vorstand in Anwesenheit von Mitgliedern des Landes- und Fraktionsvorstandes sowie der sozialdemokratischen Minister der Regierung von Baden-Württemberg mit der Situation, die durch das Verhalten des Ministerpräsidenten Maier in Stuttgart entstanden ist. Die Aussprache ergab volle Übereinstimmung aller Beteiligten im Hinblick auf die innen- und außenpolitische Linie der Partei.

Der Vorstand billigte die Grundzüge eines Gesetzentwurfes für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Er beauftragte außerdem die Bundestagsfraktion, Schritte zu unternehmen, um dem in Gang befindlichen ProzeÙ des Ausverkaufes großer Teile der Montanindustrie an das Ausland durch ein Veräußerungsverbot einen Riegel vorzuschieben.

+ + +

Die einzige Möglichkeit für eine friedliche LösungEntschlieÙung des Vorstandes der SPD

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am 4. Juni eingehend die politische Lage prüfte, protestiert entschieden gegen die Versuche des Bundeskanzlers, das Zustandekommen von Viermächte-Gesprächen zu verhindern, die Voraussetzung sind für eine Entspannung der Gegensätze und eine Verständigung über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

Der Bundeskanzler hat auch die konkreten Angebote und Vorschläge der SPD, in gemeinsamen Beratungen von Vertretern der Regierung und der Opposition ein deutsches Programm zur Vorbereitung auf alle Eventualitäten zu erarbeiten, die sich während der Bermuda-Konferenz und in weiteren Verhandlungen der Großmächte ergeben können, mit Schweigen übergangen.

Angesichts der unverkennbaren Bestrebungen der Regierungen der Besatzungsmächte und der Regierungen anderer Staaten, in direkten Verhandlungen die Möglichkeiten einer Lösung der deutschen Frage zu prüfen, steht die deutsche Politik vor der Aufgabe, von sich aus alles zu tun, um solche Verhandlungen zu fördern und positiv zu beeinflussen, statt bremsend und hindernd zu wirken und damit die einzige Möglichkeit für eine friedliche Lösung der Frage der deutschen Einheit zu gefährden.

Der Vorstand der SPD hält es auch für dringend notwendig, daß die Bundesregierung den Hohen Kommissaren der drei westlichen Besatzungsmächte Vorschläge unterbreitet, die zum Gegenstand von Fühlungnahmen und Verhandlungen mit dem neu ernannten Hohen Kommissar für die sowjetisch besetzte Zone werden müssen.

+ + +